



## **Geschäfts- und Tätigkeitsbericht Pro Max e.V. für das Jahr 2021**

Im Jahr 2021 fanden regelmäßige wöchentliche Sitzungen der Geschäftsführung statt. Geschäftsführung und Vorstand trafen sich monatlich.

Themen waren u.a. Personal, Belegung, Finanzen, Trägerverträge, Corona-Schutzmaßnahmen in den Projekten, pädagogische Unterstützung für unsere Klienten, die durch Corona nochmals benachteiligt waren, Ausbau des WLAN-Zugangs für die Projekte und ihre Bewohner und Bewohnerinnen vor Ort im Haus, damit diese ihre Kontakte zur Schule/Ausbildungsstätten und Freunden/Familie aufrechterhalten konnten. Anschaffung eines Lastenrades und weiterer Fahrräder für Mitarbeiter\*innen und Bewohner\*innen, Vorbereitung der verschobenen Mitgliederversammlung und Wahl des Vorstandes.

Im Herbst konnte endlich auch die wegen der Pandemie verschobene Mitgliederversammlung erstmals wieder live unter Hygienebedingungen stattfinden, den Vorstand entlasten und neu wählen sowie sich mit den aktuellen Herausforderungen der Jugendhilfe auseinandersetzen.

Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten war 2021 ein eher schlechtes Jahr. Die Ausgaben überstiegen die Einnahmen. Dies lag teilweise an nicht belegten stationären Plätzen. Nicht belegte stationäre Plätze bedeuten laufende Kosten für Miete, Energie ohne Betreuungseinnahmen. Insgesamt sind die Ausgaben für Personal gestiegen und auch die Kosten im Zusammenhang mit der Pandemie (Vorsorge- und Schutzmaßnahmen, Personal in Quarantäne). Als ein Beispiel seien hier die FFP2 und OP-Masken genannt: ein kleiner Teil an Masken wurde uns von unserer Senatsverwaltung gestellt, dieser deckte aber bei weitem nicht den Bedarf unserer Projekte. Da die Mitarbeiter\*innen während der Pandemie ihre, durch die äußeren Umstände (wir waren von Anfang an als „Systemrelevante Einrichtung“ eingestuft) erschwerte Arbeit, auch weiterhin mit vollem Einsatz geleistet haben, wurde seitens des Arbeitgebers eine Corona-Prämie gezahlt, obwohl diese Leistung weder über die Kostensätze noch durch zusätzliche Entgeltzuschüssen von der Senatsverwaltung gegenfinanziert waren. Große Diskussionen und viel Ärger löste das von unserer Hausbank Ende 2020 eingeführte sogenannte Verwarentgelt auf unsere Rücklagen aus, welches u.a. zur Sicherung der Personalkosten vorhanden ist. Dies verursacht nicht nur zusätzliche Kosten, sondern lässt auch unsere finanziellen Ressourcen für unsere Projektbereiche mit den Bewohner\*innen schrumpfen. Einen Beschwerdebrief von unserer Geschäftsführung an unsere Hausbank folgten intensive Gespräche mit Vertretern der Bank, unserer Geschäftsführung und dem Vorstand des Vereins über langfristige Anlagen, mit deren Zinsen wir das sogenannte Verwarentgelt wieder erwirtschaften könnten. Da wir unsere finanziellen Rücklagen ggf. flexibel benötigen, um bei Zahlungsverzug oder anderen finanziellen Ausfällen zahlungsfähig (Liquidität) zu bleiben, war eine langfristige Geldanlage aus unserer Sicht nicht möglich.

Aufgrund der fortlaufenden Corona-Pandemie war es weiterhin ein schwieriges Jahr für unsere Klienten\*innen und Mitarbeiter\*innen. Wegen der großen Ansteckungsgefahr, vor allem im Herbst/Winter und der damit einhergehenden Hygiene- und Schutzmaßnahmen waren wir erneut

mit der Beschaffung von Masken und dem Einhalten von Meldepflichten, Quarantäneregeln insbesondere bei den Bewohner\*innen und dem einhalten von Besucherregeln beschäftigt. Diese konnten aber nicht verhindern, dass auch wir zahlreiche Corona-Infektionen und Erkrankungen sowohl bei den Mitarbeiter\*innen als auch unter den Bewohner\*innen hatten. Erst mit zunehmenden Temperaturen im Frühjahr und den Erstimpfungen im Sommer änderte sich die Infektions- und Krankheitslage in unseren Projekten deutlich.

### **Erste Lichtblicke aus den Projekten**

Das schaffte auch die Sicherheit für ein erstes kleines Hoffest mit Grillen und einer Einladung an Mitarbeiter\*innen und Mitglieder\*innen des Vereins, um endlich wieder zusammen zukommen. Auch der eine oder andere junge Mensch unserer Bewohner\*innen kam dazu. Die Beteiligung war allerdings noch verhalten.

Das Übergangprojekt und das Betreute Einzelwohnen planten für die Sommerferien gemeinsam mit den Bewohnern eine Reise in eine Jugendherberge nach Warnemünde an die Ostsee. Wie sich herausstellte hatten viele unserer Bewohner noch nie die Ostsee gesehen. Durch die Entbehrungen während der Pandemie, war die Freude darauf mal „rauszukommen“ bei den Bewohnern riesig. Ein Dank an die Kollegen\*innen, die diese Reise mit viel guter Laune und Engagement vorbereitet und begleitet haben. Mit dieser Reise sind wir auch Mitglied im Jugendherbergsverband Deutschland geworden, um zukünftig häufiger günstige Unterbringungsmöglichkeiten und den guten Service bei Reisen nutzen zu können. Auf die Mitgliedskarte können alle Projekte zugreifen.

Auch unser Mutter-Vater-Kind-Projekt Pro Maxi 24 (24h- Betreuung) unternahm eine Kurzreise im September in die Brandenburgische Schorfheide in den Natura-Familienpark am Grimnitzsee. Mit viel Organisationsgeschick und unter großer Beteiligung der bei uns untergebrachten Mütter und Väter sowie ihren Kindern, wurde diese Reise mit viel Freude und Spaß für alle Beteiligten insbesondere der Jüngsten erlebt.

Im Frühjahr haben wir uns entschieden unsere BEW-Muki- Wohnungen von den Projektbereichen Pro Maxi 24 und Maxstr. mit 24 Stunden-Betreuung abzukoppeln und in einen eigenständigen Projektbereich zu organisieren. Hierzu gab es bereits seit längerem Überlegungen zu Vor- und Nachteilen. Dieser Gedanke wurde von den Mitarbeiter\*innen nun stärker fokussiert. Da wir die entsprechenden Wohnungen bereits mit Betriebserlaubnis verfügbar hatten, konnte dies relativ zügig umgesetzt werden. Für dieses Angebot haben wir zunächst 6 Trägerwohnungen in unserem nahen Umfeld zur Verfügung. Konzeptionell wurden die bisherigen Standards für die Mutter-Vater-Kind-Betreuung hier ebenfalls grundsätzlich angewandt, insbesondere auf den Kinderschutz bezogen. Hier sind aber auch stärker die Selbständigkeit und Eigenverantwortung der entsprechenden Elternteile zu fokussieren, da der Betreuungsumfang wesentlich geringer ist und die Klienten\*innen in den Wohnungen aufgesucht werden, i.d.R. nach terminlichen Absprachen. Das Projekt lief entgegen unseren Erwartungen eher zögerlich in der Belegung an. Das Projekt wurde dennoch mit drei Mitarbeiterinnen besetzt. Wir haben für diese Arbeit ein kleines Büro umgestaltet, damit es auch als Anlaufstelle genutzt werden konnte. Es musste mit entsprechender Bürotechnik und Mobiliar (sowie Renovierung, usw.) ausgestattet werden.

Im Projekt Promaxi 24 (24h-Betreuung) waren alle Plätze überwiegend belegt. Hier kam es nur kurzfristig zu Leerstand, wenn Auszüge der Klientinnen anstanden, die dann entweder in weiterführende Hilfemaßnahmen (z.B. ins Betreute Wohnen auch bei unserem Träger) oder in eigenständigen Wohnraum umzogen.

In diesem Jahr hatten wir zusätzlich zum normalen Personalschlüssel eine Berufspraktikantin im Anerkennungsjahr beschäftigt.

Unser Projekt Muki-Maxstr. (24h-Betreuung) hatte auch in diesem Jahr eine gute und stabile Betreuungslage. Hier machte sich zunehmend und im Laufe des Jahres, ohne Stopp, die instabile Mitarbeiter\*innen-Situation bemerkbar. Angefangen von Müttern in Elternzeit und zwei dauererkrankte Mitarbeiterinnen, begann sich hier für uns bereits der Fachkräftemangel bemerkbar zu machen, da wir nicht wie erhofft unsere Personaldecke wieder auffüllen konnten.

Es entstanden dadurch hohe Zahlen an Mehrarbeits- und Vertretungsstunden, eine absinkende qualitative Arbeit auch an den Klienten\*innen und den Kindern, trotz aller Bemühungen und Engagements der Mitarbeiter\*innen. Es gab viele Überlegungen aus der Misere herauszukommen, z.B. strukturelle Veränderungen in den Dienstplanungen und Dienstzeiten vorzunehmen, um attraktiver für neue Kollegen\*innen zu werden. Eine schnelle Veränderung konnte diesbezüglich nicht umgesetzt werden. Dies führte zu weiteren Krankheitszeiten bis hin zur ersten Kündigung zum Jahresende. Die Folge war die spiralförmige Dauerbelastung aller beteiligten Kollegen\*innen.

Erschwerend für diese Gesamtsituation war zusätzlich die andauernde Pandemie-Belastung in allen Teams mit ihren entsprechenden Maßnahmen (Maske tragen, häufige Schnelltests, Abstand halten, Corona-Infizierte und Quarantäne, was unsere Arbeit im Team (Austausch, Teambesprechungen, Supervision usw.) ebenfalls behinderte und die eigentliche Arbeit, die viel mit Kontakt, Gesprächen und Austausch sowie Unternehmungen zu tun hat.

Diese Situation führte zu häufigen Unstimmigkeiten innerhalb der Teams, aber auch mit der Geschäftsführung.

Im Projekt „HTS Flexible Hilfen“, zu denen auch das Betreute Einzelwohnen für junge Menschen ab 15 Jahren gehört, ging im Jahre`21 die Belegung der Wohnungen stärker zurück als üblich. Als Grund dafür vermuteten wir die Auswirkungen der Pandemie. Die Mitarbeiter\*innen der Jugendämter waren überwiegend im Homeoffice. Beratungsstellen waren wesentlich eingeschränkter tätig. Soziale Kontakte zu anderen Menschen waren insgesamt distanzierter. Ebenfalls stark eingeschränkt war der Kita- und Schulbetrieb. Familien, die ohnehin schon ihre Problemlagen hatten, lebten zunehmend isolierter. Immerhin haben alle Fachkräfte sich bemüht daran zu arbeiten und dort wo Familien sich an die zuständigen Jugendämter wandten, wurden ambulante Familien – oder Einzelfallhilfen eingesetzt, obwohl meist keine persönlichen Kontakte und Einschätzungen möglich waren. Diese konnten den stationären Belegungsrückgang bei uns ein wenig ausgleichen. Im Betreuten Einzelwohnen und im Übergangprojekt ist die Auslastung auf das gesamte Jahr gesehen auf 65 % gesunken. In der Jugendwohngemeinschaft sogar auf 70%.

Im Übergangprojekt fand im Sommer ein Teamtage statt, an dem sich das Team inhaltlich mit der Konzeption auseinandersetzte und eine neu eingestellte Kollegin mit der Konzeption und der Entstehung des Projektes vertraut gemacht wurde.

Für die Projekte flexible Hilfen –Betreutes Einzelwohnen, das Übergangprojekt, und die Jugendwohngemeinschaft wurden die Trägerverträge neu verhandelt. Damit gilt ab 2022 ein neuer Kostensatz der den zuletzt gezahlten Löhnen entspricht. Der dazugehörige Qualitätsdialog mit dem Jugendamt Mitte und der zuständigen Senatsverwaltung wurde aufgrund der Pandemie auf das Jahr 2022/23 verschoben.

**Fortbildungen** an denen unterschiedliche Mitarbeiter\*innen teilnahmen:

Digitaler Fachtag zum Thema Rückführung, Fallteamtraining JA Mitte II, True Friend- sei dir und der Welt ein Wahrer Freund.

Um die kurzen Wege zwischen Anlaufstellen und Außenwohnungen besser zu bewältigen und für Ausflüge mit unseren Bewohner\*innen wurden vier neue Fahrräder angeschafft, die allen

Arbeitsbereichen zur Verfügung stehen. Insbesondere für das Arbeitsprojekt, aber auch für sonstige kleinere Transporte, wurde zusätzlich ein Lastenrad angeschafft.

Seit vielen Jahren engagieren wir uns in der **Bürgerplattform Wedding / Moabit** -Wir sind da - in denen lokalpolitische Themen und Problemlagen die Menschen vor Ort betreffen unter Bürgerbeteiligung und Politik besprochen und bearbeitet werden, um zufriedenstellende Lösungen zu finden. Aufgrund der Pandemie fanden bis Ende April alle Treffen online statt. Ganz konkret gab es ein Onlinemeeting mit dem Leiter des Jobcenter Mitte zu vielen Fragen der Menschen aus der Bürgerplattform zu dem Thema Mietendeckel, Vermittlung von Menschen in Arbeit und Ausbildung für junge Menschen. Daneben gab es auch zahlreiche Veranstaltungen zu den berlinweiten Themen Bildung –Schule muss anders und Veranstaltungen zu den Wahlen in Berlin mit Bezirkspolitikern und den Spitzenkandidaten.

Die Sitzungen der **IGFH** Internationale Gesellschaft für Erzieherische Hilfen fanden weiterhin ausschließlich online statt. Ein bestimmendes Thema war das neue Kinder- und Jugendhilfestärkungsgesetz.

### **Wohnungen / Wohnungswirtschaft**

Aufgrund der weiterhin schwierigen Wohnungslage in der Stadt haben wir auch in diesem Jahr wieder Wohnungen bzw. gerade leerstehende Zimmer in unseren BEW-Projekten zur Verfügung gestellt, damit junge Menschen, bei denen die Jugendhilfe endete, mehr Zeit bekamen, um eine geeignete Unterkunft für sich zu finden. Außerdem fanden weiterhin Gespräche mit der Wohnung- und Immobilienwirtschaft statt hinsichtlich der Sicherung von Wohnraum für die Jugendhilfe, möglicher Kooperationen und der Zusammenarbeit bei der Wohnungssuche für junge Volljährige, sogenannter Care-Leaver, nach der Jugendhilfe.